

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen - Todesstrafe weltweit abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die aktuelle Hinrichtungsserie auf US-Bundesebene im amerikanischen Präsidentschaftswahljahr. Eine Hinrichtung nach US-Bundesrecht gab es in den Vereinigten Staaten zuletzt 2003. Siebzehn Jahre danach hat die US-Regierung den Weg zur Wiederaufnahme von Hinrichtungen auf Bundesebene geebnet. Justizminister William Barr hat auf Weisung von US-Präsident Donald Trump darauf gedrängt, die seit fast zwei Jahrzehnten ausgesetzten Hinrichtungen nach Bundesrecht wieder aufzunehmen. Seit dem 13. Juli 2020 wurden sieben Todesurteile der Bundesebene vollstreckt. In den vergangenen 60 Jahren gab es insgesamt nur vier Hinrichtungen in Bundesgefängnissen. Weitere Hinrichtungen sind angesetzt.

Der Landtag stellt fest:

Die Todesstrafe verstößt gegen das Recht auf Leben und verletzt die Würde des Menschen. Zum internationalen und europäischen Tag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober 2020 bekräftigt der Landtag, dass er die Todesstrafe entschieden ablehnt. Sie ist nicht vereinbar mit dem UN-Verbot der Folter und grausamer, erniedrigender und unmenschlicher Behandlung und Strafe. Der Landtag lehnt die Todesstrafe auch deshalb ab, weil Justizirrtümer nicht mehr korrigiert werden können. Im Rahmen seiner parlamentarischen Möglichkeiten wird er bilateral sowie auf internationaler Ebene alles zu tun, damit weltweit die Todesstrafe abgeschafft wird. Er würdigt die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wie „Amnesty International“, die sich seit langem für die Abschaffung der Todesstrafe engagieren, und ermutigt sie, weiterhin dieses Ziel konsequent zu verfolgen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

1. Initiativen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe voranzutreiben und zu unterstützen bzw. – als Zwischenschritt – für ein Moratorium zu werben, insbesondere bei den USA, Iran, Saudi-Arabien, Irak und Ägypten ;

2. darauf hinzuwirken, dass Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt werden;
3. bei allen Initiativen gegen die Todesstrafe eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und diese in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Begründung:

Die Hinrichtungsserie auf Bundesebene der Vereinigten Staaten von Amerika im US-Präsidentenwahljahr lässt befürchten, dass US-Präsident Trump die Todesstrafe weltweit wieder als adäquates Strafinstrument reputabel machen will. Seit Wiederaufnahme des Vollzugs im Juli 2020 unter Trump wurden bereits mehr Menschen hingerichtet als unter all seinen Vorgängern bis 1963 zusammen. Noch nie seit 1927 wurden demnach so viele Todesurteile innerhalb eines Jahres vollstreckt. Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" vermutet dahinter Trumps "Kalkül, sich vor der Wahl im November als harter Strafverfolger zu profilieren." Stephan Bierling, USA-Experte an der Universität Regensburg, geht im Schweizer Radio- und Fernsehen (SRF) von wahlkampfaktischen Motiven aus: "Er (Trump) hofft, dass ihn das nochmal ganz nach vorne bringt."

Die im US-Präsidentenwahljahr bundestaatlich vollstreckten Todesstrafen konterkarieren den weltweit klaren Trend zur Aussetzung bzw. Abschaffung der Todesstrafe. Amnesty International hat für das Jahr 2019 mindestens 657 Hinrichtungen in 20 Ländern dokumentiert, ein Rückgang um 5 Prozent im Vergleich zu 2018. Dies ist die niedrigste Zahl an Hinrichtungen seit einem Jahrzehnt, die Amnesty International verzeichnet hat.

Amnesty dokumentierte im Laufe des Jahres 2019 mindestens 2.307 neue Todesurteile in 56 Ländern im Vergleich zu 2.531 in 54 Ländern in 2018. Die meisten Hinrichtungen fanden 2019 in China, Iran, Saudi-Arabien, Irak und Ägypten statt – in dieser Reihenfolge. China, das Land mit den weltweit meisten Hinrichtungen, behandelt das Thema als Staatsgeheimnis und gibt keine Zahlen bekannt. Nach Schätzungen von „Amnesty International“ sollen es weiterhin Tausende sein.

Der Europarat und die Europäische Union sind Vorreiter im Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe in der Welt. Staatliches Töten im Namen einer vermeintlichen Gerechtigkeit widerspricht ihren Grundwerten. Ihre Mitgliedstaaten sind durch das Protokoll Nr. 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten verpflichtet. Das Protokoll Nr. 13 verbietet die Todesstrafe auch in Kriegszeiten.

In der neuen Sozialenzyklika "Fratelli tutti - Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft", dem dritten großen Lehrschreiben von Papst Franziskus, lehnt dieser die Todesstrafe entschieden als „auf moralischer Ebene ungeeignet und schon auf strafrechtlicher Ebene unnötig“ ab.

In 106 Ländern der Erde ist die Todesstrafe inzwischen per Gesetz abgeschafft. In den Vereinigten Staaten hat der Gouverneur von Kalifornien 2019 ein offizielles Moratorium für Hinrichtungen eingeführt. Zudem wurden zuletzt New Hampshire und Colorado die 21. bzw. 22. US-Bundesstaaten, die die Todesstrafe für alle Verbrechen abgeschafft haben.